

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

Jahrgang 2000

Ausgegeben am 19. Dezember 2000

Teil III

---

215. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen  
(NR: GP XX RV 1573 AB 1827 S. 169. BR: AB 5944 S. 655.)

---

### 215.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des nachstehenden Staatsvertrages, dessen Art. 3 Abs. 1 und Art. 8 Abs. 1 und 2 verfassungsändernd sind, wird genehmigt.

### VERTRAG

#### ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK ÜBER DIE GEGENSEITIGE HILFELEISTUNG BEI KATASTROPHEN ODER SCHWEREN UNGLÜCKSFÄLLEN

Die Republik Österreich

und

die Tschechische Republik

(weiter nur „Vertragsparteien“) sind von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der gegenseitigen Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen überzeugt und haben folgendes vereinbart:

#### Artikel 1

##### Gegenstand

Dieser Vertrag regelt Bedingungen für freiwillige Hilfeleistungen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, die auf Ersuchen der in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörden der jeweils anderen Vertragspartei durch Einsätze von Hilfsmannschaften, von einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen, von Material oder Informationen gewährt werden sollen.

#### Artikel 2

##### Begriffsbestimmung

„Katastrophe oder schwerer Unglücksfall“

ein bereits eingetretener oder unmittelbar drohender außerordentlicher, teilweise oder völlig außer Kontrolle geratener, zeitlich wie räumlich begrenzter Zwischenfall, der im Zusammenhang mit dem Betrieb technischer Einrichtungen, zerstörenden Naturkräften, Umgang mit gefährlichen Stoffen und ihrem Transport entsteht und zu einer Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Mensch und Tier, Bedrohung der Umwelt, Gefährdung des Eigentums, bedeutenden wirtschaftlichen Verlusten oder ökologischen Beeinträchtigungen führen kann, und zu dessen Bewältigung die eigenen Kräfte der betroffenen Vertragspartei nicht ausreichen;

„Hilfeersuchender Staat“

diejenige Vertragspartei, deren in Artikel 3 Absatz 1 genannte Behörden die andere Vertragspartei um Hilfeleistung ersuchen;

„Hilfeleistender Staat“

diejenige Vertragspartei, deren in Artikel 3 Absatz 1 genannte Behörden einem Ersuchen der anderen Vertragspartei um Hilfeleistung stattgeben;

„Hilfsmannschaften“ oder „einzelne zur Hilfeleistung entsandte Personen“

Person(en), die der hilfeleistende Staat zur Hilfeleistung bestimmt;

„Ausrüstung“

das Material, insbesondere technische Geräte, die Verkehrsmittel und die Rettungshunde für den Einsatz sowie die Güter für den Eigenbedarf;

„Hilfsgüter“

Güter, die zur unentgeltlichen Abgabe an die betroffene Bevölkerung auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates bestimmt sind.

### **Artikel 3**

#### **Zuständigkeiten**

(1) Die für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständigen Behörden sind:

- auf der Seite der Republik Österreich:  
der Bundesminister für Inneres;  
die Niederösterreichische Landesregierung;  
die Oberösterreichische Landesregierung;
- auf der Seite der Tschechischen Republik:  
das Innenministerium.

(2) Die beiden Vertragsparteien geben einander auf diplomatischem Wege die Adressen und Fernmeldeverbindungen der im Absatz 1 genannten Behörden bekannt.

(3) Die in Absatz 1 genannten Behörden der beiden Vertragsparteien sind ermächtigt, bei der Durchführung dieses Vertrags unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.

### **Artikel 4**

#### **Art und Umfang der Hilfeleistung**

(1) Die Hilfe kann durch den Einsatz von Hilfsmannschaften oder einzelne zur Hilfeleistung entsandte Personen, durch die Sendung von Hilfsgütern oder auf andere geeignete Weise erfolgen, wobei Art und Umfang der Hilfeleistung im Zuge des Hilfeersuchens zwischen den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörden abgesprachen werden.

(2) Der Transport von Hilfsmannschaften oder einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen, Ausrüstung und Hilfsgütern kann auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg erfolgen.

### **Artikel 5**

#### **Grenzübertritt und Aufenthalt**

(1) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft können die Staatsgrenze ohne Reisedokumente passieren und sich auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates während des Zeitraumes der Hilfeleistung ohne Sichtvermerk und ohne Aufenthaltsgenehmigung aufhalten. Der Leiter der Hilfsmannschaft hat auf Verlangen ein seine Stellung oder seinen Auftrag bezeugendes Dokument und eine Namensliste der Angehörigen der Hilfsmannschaft vorzuweisen.

(2) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft und die einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen benötigen für ihre Tätigkeit im Rahmen einer Hilfeleistung auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei keine Beschäftigungsbewilligung.

(3) Bei besonderer Dringlichkeit können die Angehörigen einer Hilfsmannschaft die Staatsgrenze auch außerhalb der Grenzübergangsstellen überschreiten. In diesem Fall ist ein für die Grenzüberwachung zuständiges Organ unverzüglich davon zu unterrichten.

(4) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft sind berechtigt, auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates Uniform zu tragen, sofern dies zu ihrer üblichen Ausrüstung gehört. Die Hilfsmannschaft des hilfeleistenden Staates ist berechtigt, auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates an ihren Fahrzeugen ihre eigenen Warnzeichen zu benutzen.

### **Artikel 6**

#### **Grenzübergang der Ausrüstung und der Hilfsgüter**

(1) Die Vertragsparteien erleichtern die Ein- und Ausfuhr der Ausrüstung und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat den Grenzkontrollorganen des hilfeersuchenden Staates beim Grenzübertritt

lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstung und Hilfsgüter zu übergeben. Erfolgt bei besonderer Dringlichkeit der Grenzübergang außerhalb von Grenzübergangsstellen, ist dieses bei erster Gelegenheit einer zuständigen Zollstelle zu überreichen.

(2) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder die einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen dürfen außer der Ausrüstung und Hilfsgütern keine anderen Waren mitführen. Schußwaffen und Munition dürfen auf das Gebiet des hilfeersuchenden Staates nicht mitgeführt werden.

(3) Auf Ausrüstung und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr keine Anwendung. Soweit die Ausrüstung nicht verbraucht oder zerstört wird, ist sie wieder auszuführen. Wird Ausrüstung als Hilfsgut zurückgelassen, so sind Art und Menge sowie der Verbleib der in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörde des hilfeersuchenden Staates anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt.

(4) Die Bestimmungen des Absatzes 3 finden auch Anwendung auf die Einfuhr von Suchtgiften und psychotropen Substanzen in den hilfeersuchenden Staat und die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in den hilfeleistenden Staat. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Übereinkommen betreffend Suchtgifte und psychotrope Substanzen. Suchtgifte und psychotrope Substanzen dürfen nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei eingesetzt werden, der die Hilfsmannschaft oder die zur Hilfeleistung entsandte Person angehört. Die verbrauchten Suchtgifte und psychotropen Substanzen werden der Verbrauchsstatistik des hilfeleistenden Staates zugerechnet.

(5) Bei Gegenseitigkeit werden die Vertragsparteien die Ausrüstung im hilfeersuchenden Staat ohne förmliches Verfahren und ohne Leistung einer Sicherstellung zur abgabenfreien vorübergehenden Verwendung zulassen und diese sowie Hilfsgüter frei von allen Zöllen, Steuern und sonstigen Eingangsabgaben lassen, soweit sie verbraucht oder zurückgelassen wurden.

## **Artikel 7**

### **Einsätze von Luftfahrzeugen**

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften nach Artikel 4 Absatz 2, sondern auch unmittelbar für Hilfeleistungen eingesetzt werden.

(2) Jede Vertragspartei gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Gebiet der anderen Vertragspartei aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, ihr Gebiet überfliegen und auch außerhalb von Flugplätzen mit Grenz- und Zollkontrolle und genehmigten Flugfeldern landen und starten können.

(3) Die Verwendung von Luftfahrzeugen bei einem Hilfeinsatz ist der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei im voraus mit Angaben über Art des Luftfahrzeuges, Besatzung, Beladung, Landeort und voraussichtliche Landezeit mitzuteilen.

(4) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die luftfahrtrechtlichen Verkehrsvorschriften der Vertragsparteien und die beiderseitig vereinbarte Vorgangsweise für den Grenzübergang anzuwenden. Der jeweilige Flugplan hat einen Hinweis auf diesen Vertrag zu enthalten.

## **Artikel 8**

### **Koordination und Gesamtleitung**

(1) Die Koordination und Leitung der Rettungsarbeiten und Hilfe obliegt den Behörden des hilfeersuchenden Staates.

(2) Aufträge an die Hilfsmannschaften des hilfeleistenden Staates werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, welche die Art der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

(3) Die Behörden des hilfeersuchenden Staates leisten den Hilfsmannschaften oder einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen des hilfeleistenden Staates Schutz und Hilfe.

## **Artikel 9**

### **Einsatzkosten**

(1) Der hilfeleistende Staat hat gegenüber dem hilfeersuchenden Staat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten der Hilfeleistung. Dies gilt auch für Kosten, die durch Verbrauch, Beschädigung oder Verlust der Ausrüstung entstehen. Der hilfeersuchende Staat trägt die Kosten der Hilfeleistungen durch natürliche und juristische Personen, die der hilfeleistende Staat auf Ersuchen hin lediglich vermittelt.

(2) Den Hilfsmannschaften und den einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen des hilfeleistenden Staates wird während der Dauer des Einsatzes im hilfeersuchenden Staat auf dessen Kosten im Bedarfsfall logistische, einschließlich medizinischer Hilfe gewährt.

#### **Artikel 10**

##### **Schadenersatz und Entschädigung**

(1) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle ihr gegen die andere Vertragspartei oder deren zur Hilfeleistung bestimmte Personen zustehenden Ansprüche auf Ersatz von

- a) Vermögensschäden, die von einer zur Hilfeleistung bestimmten Person im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages verursacht worden sind;
- b) Schäden, die auf einer Körperverletzung, einer Gesundheitsschädigung oder dem Tod einer zur Hilfeleistung bestimmten Person im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages beruhen.

Dies gilt nicht, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde.

(2) Wird durch eine zur Hilfeleistung bestimmte Person des hilfeleistenden Staates im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages im Gebiet des hilfeersuchenden Staates Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet der hilfeersuchende Staat für den Schaden nach Maßgabe der Rechtsvorschriften, die im Fall eines durch eigene zur Hilfeleistung bestimmte Personen verursachten Schadens Anwendung fänden.

(3) Der hilfeersuchende Staat hat keinen Regreßanspruch gegen den hilfeleistenden Staat oder dessen zur Hilfeleistung bestimmte Personen. Hat aber die zur Hilfeleistung bestimmte Person des hilfeleistenden Staates einem Dritten einen Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig zugefügt, so kann der hilfeersuchende Staat einen Regreßanspruch gegen den hilfeleistenden Staat geltend machen.

(4) Die Behörden der Vertragsparteien arbeiten gemäß ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften eng zusammen, um die Erledigung von Schadenersatz- und Entschädigungsansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

#### **Artikel 11**

##### **Evakuierte Personen**

(1) Die Bestimmung des Artikels 5 Absatz 1 und 3 gelten sinngemäß auch für Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall evakuiert werden müssen.

(2) Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall als Evakuierte und deren Begleiter in das Gebiet der anderen Vertragspartei gelangt sind, erhalten dort bis zum Zeitpunkt der frühesten Rückkehrmöglichkeit die notwendige Hilfe. Der hilfeersuchende Staat erstattet die Kosten dieser Hilfe und der Rückführung dieser Personen.

(3) Jede Vertragspartei ist verpflichtet, Evakuierte und deren Begleitpersonen, die von seinem Gebiet auf jenes der anderen Vertragspartei gelangt sind, wieder aufzunehmen. Soweit es sich um Personen handelt, die nicht Angehörige der wiederaufnehmenden Vertragspartei sind, bleiben sie dem gleichen ausländerrechtlichen Status wie vor dem Übertritt der Staatsgrenze unterstellt.

#### **Artikel 12**

##### **Fernmeldeverbindungen**

Die in Artikel 3 Absatz 1 dieses Vertrages genannten Behörden beider Vertragsparteien werden alle notwendigen Maßnahmen durchführen, um eine sichere Verbindung zwischen den Behörden und den Hilfsmannschaften am Einsatzort zu gewährleisten.

#### **Artikel 13**

##### **Beendigung der Hilfeleistung**

Die Hilfsmannschaften oder die einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen müssen ihre Tätigkeit unverzüglich einstellen, wenn dies die in Artikel 3 Absatz 1 angeführten Behörden verfügen, ansonsten beenden sie ihre Tätigkeit nach ihrer Aufgabenerfüllung. Danach müssen die Hilfsmannschaften und die einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen unverzüglich das Gebiet des hilfeersuchenden Staates verlassen.

#### **Artikel 14**

##### **Weitere Formen der Zusammenarbeit**

(1) Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zusammen, insbesondere:

- a) bei der Vorbereitung von Hilfeleistungen;
- b) zur Vorbeugung und Minderung der Folgen von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, indem sie Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen und Treffen, Forschungsprogramme, Fachkurse und Übungen von Hilfeleistungen auf dem Gebiet beider Vertragsparteien vorsehen;
- c) zum Austausch von Informationen über Gefahren und Schäden, die entstehen und sich auch auf das Gebiet der anderen Vertragspartei auswirken können; die gegenseitige Unterrichtung umfaßt auch die laufende Übermittlung von Meßdaten.

(2) Für gemeinsame Übungen sowie für Hilfeleistungen im Rahmen der herkömmlichen Nachbarschaftshilfe gelten die Bestimmungen dieses Vertrages sinngemäß.

#### **Artikel 15**

##### **Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Vertrags, die nicht unmittelbar durch die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörden beigelegt werden können, werden von den Vertragsparteien auf diplomatischem Wege bereinigt.

#### **Artikel 16**

##### **Andere vertragliche Regelungen**

Bestehende vertragliche Regelungen zwischen den Vertragsparteien bleiben unberührt.

#### **Artikel 17**

##### **Schlußbestimmungen**

(1) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander schriftlich auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(3) Dieser Vertrag kann jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden; in diesem Falle tritt er sechs Monate ab dem Tage des Einlangens der Kündigung außer Kraft.

GESCHEHEN ZU Wien am 14. Dezember 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

**Karl Schlögl**

Für die Tschechische Republik:

**Václav Grulich**

### **SMLOUVA**

#### **MEZI RAKOUSKOU REPUBLIKOU A ČESKOU REPUBLIKOU O VZÁJEMNÉ POMOCI PŘI KATASTROFÁCH NEBO VELKÝCH HAVÁRIÍCH**

Rakouská republika

a

Česká republika

(dále jen „smluvní strany“) jsou přesvědčeny o nutnosti spolupráce na úseku vzájemné pomoci při katastrofách nebo velkých haváriích se dohodly takto:

#### **Článek 1**

##### **Předmět**

Tato smlouva upravuje podmínky dobrovolného poskytování pomoci při katastrofách nebo velkých haváriích, která má být poskytována na žádost orgánů druhé smluvní strany uvedených v článku 3 odstavci 1 formou nasazování záchranných jednotek, jednotlivých osob vyslaných za účelem poskytnutí pomoci, zasíláním materiálu nebo poskytováním informací.

## Článek 2

### Vymezení pojmů

„Katastrofa nebo velká havárie“ – již nastalá nebo bezprostředně hrozící, mimořádná, částečně nebo zcela neovladatelná, časově a prostorově ohraničená událost, která vzniká v souvislosti s provozem technických zařízení, ničivým působením přírodních sil, zacházením s nebezpečnými látkami a jejich přepravou a která může vést k ohrožení života nebo zdraví lidí a zvířat, ohrožení životního prostředí a majetku, ke značným ekonomickým ztrátám nebo ekologické újmě a na jejíž řešení nepostačují vlastní síly postižené smluvní strany;

„stát žádající o pomoc“ – ta smluvní strana, jejíž orgány uvedené v článku 3 odstavci 1 žádají druhou smluvní stranu o poskytnutí pomoci;

„stát poskytující pomoc“ – ta smluvní strana, jejíž orgány uvedené v článku 3 odstavci 1 vyhovějí žádosti druhé smluvní strany o poskytnutí pomoci;

„záchranné jednotky“ nebo „jednotlivé osoby vyslané za účelem poskytnutí pomoci“ – osoba (osoby), kterou (které) stát poskytující pomoc určí k poskytnutí pomoci;

„vybavení“ – materiál, zejména technické přístroje, dopravní prostředky a záchranní psi určené k zásahu, jakož i prostředky pro vlastní potřebu;

„prostředky pomoci“ – předměty, které jsou určeny k bezplatnému předání postiženému obyvatelstvu na území státu žádajícího o pomoc.

## Článek 3

### Kompetence

(1) Orgány příslušné pro předkládání a přijímání žádostí o pomoc jsou:

- na straně Rakouské republiky Spolkové ministerstvo vnitra,  
Dolnorakouská zemská vláda,  
Hornorakouská zemská vláda;
- na straně České republiky Ministerstvo vnitra.

(2) Obě smluvní strany si vzájemně oznámí diplomatickou cestou adresy a telekomunikační spojení orgánů uvedených v odstavci 1.

(3) Orgány obou smluvních stran uvedené v odstavci 1 jsou zmocněny vstupovat při provádění této smlouvy do bezprostředního vzájemného styku.

## Článek 4

### Druh a rozsah pomoci

(1) Pomoc může být poskytována formou nasazení záchranných jednotek nebo jednotlivých osob vyslaných za účelem poskytnutí pomoci, zasíláním prostředků pomoci nebo jiným vhodným způsobem, přičemž druh a rozsah pomoci dohodnou orgány uvedené v článku 3 odstavci 1 v rámci žádosti o pomoc.

(2) Přeprava záchranných jednotek nebo jednotlivých osob vyslaných za účelem poskytnutí pomoci, vybavení a prostředků pomoci může být uskutečněna po zemi, letecky nebo po vodě.

## Článek 5

### Překračování státních hranic a pobyt

(1) Členové záchranné jednotky mohou překračovat státní hranice bez cestovních dokladů a zdržovat se na území státu žádajícího o pomoc po dobu poskytování pomoci bez víza a bez povolení k pobytu. Vedoucí záchranné jednotky musí na požádání předložit doklad prokazující jeho postavení nebo pověření a jmenný seznam členů záchranné jednotky.

(2) Členové záchranné jednotky a jednotlivé osoby vyslané za účelem poskytnutí pomoci nepotřebují pro svou činnost při poskytování pomoci na území druhé smluvní strany povolení k zaměstnání.

(3) V obzvláště naléhavých případech mohou členové záchranné jednotky překračovat státní hranice i mimo hraniční přechody. V tomto případě je nutno neprodleně informovat příslušný orgán ochrany státních hranic.

(4) Členové záchranné jednotky jsou na území státu žádajícího o pomoc oprávněni nosit uniformu, pokud to patří k jejich běžnému vybavení. Záchranná jednotka státu poskytujícího pomoc je oprávněna používat na území státu žádajícího o pomoc na svých vozidlech svá vlastní výstražná znamení.

## Článek 6

### Převoz vybavení a prostředků pomoci přes státní hranice

(1) Smluvní strany usnadní dovoz a vývoz vybavení a prostředků pomoci. Vedoucí záchranné jednotky je povinen při překročení státních hranic předat orgánům hraniční kontroly státu žádajícího o pomoc pouze soupis převáženého vybavení a prostředků pomoci. Jestliže ve zvlášť naléhavých případech dojde k překročení státních hranic mimo hraniční přechody, je nutno tento soupis předat příslušnému celnímu orgánu při nejbližší příležitosti.

(2) Členové záchranné jednotky nebo jednotlivé osoby vyslané za účelem poskytnutí pomoci nesmí kromě vybavení a prostředků pomoci převážet žádné jiné zboží. Střelné zbraně a střelivo nelze na území státu žádajícího o pomoc převážet.

(3) Na vybavení a prostředky pomoci se nevztahují zákazy a omezení platná pro přeshraniční pohyb zboží. Pokud nebude vybavení spotřebováno nebo zničeno, je třeba ho opět vyvézt zpět. Bude-li vybavení ponecháno v místě jako prostředek pomoci, je zapotřebí oznámit jeho druh a množství, jakož i místo zanechání, orgánu státu žádajícího o pomoc uvedenému v článku 3 odstavci 1, který o tom bude informovat příslušný celní orgán.

(4) Ustanovení odstavce 3 se použijí i v případě dovozu omamných a psychotropních látek do státu žádajícího o pomoc a opětovného vývozu nespotebovaného množství do státu poskytujícího pomoc. Tento pohyb zboží se nepovažuje za dovoz a vývoz ve smyslu mezinárodních úmluv týkajících se omamných a psychotropních látek. Omamné a psychotropní látky je přípustné dovážet pouze v množství odpovídajícím naléhavým zdravotnickým potřebám a aplikovat je může pouze kvalifikovaný zdravotnický personál v souladu s právními předpisy té smluvní strany, k níž záchranná jednotka nebo osoba vyslaná za účelem poskytnutí pomoci náleží. Spotřebované omamné a psychotropní látky se zaznamenávají do spotřebních statistik státu poskytujícího pomoc.

(5) Ve státě žádajícího o pomoc propustí smluvní strany vybavení na základě reciprocity do režimu dočasného použití s úplným osvobozením od cla, a to bez formálního řízení a složení jistoty a osvobodí ho, stejně jako prostředky pomoci, od všech cel, daní a ostatních dovozních poplatků, pokud budou spotřebovány nebo zanechány v místě.

## Článek 7

### Používání letadel

(1) Letadel lze použít nejen pro rychlou přepravu záchranných jednotek podle článku 4 odstavce 2, ale i bezprostředně při poskytování pomoci.

(2) Každá smluvní strana připustí, aby letadla vypravovaná z území druhé smluvní strany podle odstavce 1 mohla přelétávat její území a přistávat a startovat i z jiných míst než z letišť s pohraniční a celní kontrolou a povolených přistávacích a startovacích ploch.

(3) Použití letadel při poskytování pomoci je třeba předem oznámit příslušnému orgánu druhé smluvní strany s uvedením údajů o druhu letadla, posádce, nákladu, místě a předpokládané době přistání.

(4) Pokud z odstavce 2 nevyplyne nic jiného, použijí se právní předpisy platné pro letecký provoz smluvních stran a oboustranně dohodnutý postup pro přelet státních hranic. Příslušný letový plán musí obsahovat odkaz na tuto smlouvu.

## Článek 8

### Koordinace a řízení

(1) Koordinace a řízení záchranných prací a pomoci přísluší orgánům státu žádajícího o pomoc.

(2) Pokyny záchranným jednotkám státu poskytujícího pomoc se adresují výlučně jejich vedoucím, kteří pak nařídí svým podřízeným způsob jejich provedení.

(3) Orgány státu žádajícího o pomoc poskytují ochranu a pomoc záchranným jednotkám nebo jednotlivým osobám vyslaným za účelem poskytnutí pomoci ze státu poskytujícího pomoc.

## Článek 9

### Náklady na poskytování pomoci

(1) Stát poskytující pomoc nemá vůči státu žádajícímu o pomoc žádný nárok na úhradu nákladů vynaložených při poskytování pomoci. Toto platí i v případě nákladů vzniklých spotřebováním,

poškozením nebo ztrátou vybavení. Stát žádající o pomoc nese náklady na poskytnutí pomoci fyzickými a právníckými osobami, kterou stát poskytující pomoc na požádání pouze zprostředkuje.

(2) Záchraným jednotkám a jednotlivým osobám vyslaným za účelem poskytnutí pomoci ze státu poskytujícího pomoc zajistí stát žádající o pomoc v případě potřeby po dobu jejich působení na jeho území na vlastní náklady logistickou pomoc, včetně lékařské pomoci.

### **Článek 10**

#### **Náhrada škod a odškodnění**

(1) Každá smluvní strana se vzdává vůči druhé smluvní straně nebo osobám určeným k poskytnutí pomoci touto smluvní stranou všech svých nároků na náhradu:

- a) majetkových škod, které byly způsobeny některou z osob určených k poskytnutí pomoci v souvislosti s plněním jejího úkolu,
- b) škod spočívajících v tělesné újmě, poškození zdraví nebo smrti některé z osob určených k poskytnutí pomoci v souvislosti s plněním jejího úkolu.

To neplatí, byla-li škoda způsobena úmyslně nebo z hrubé nedbalosti.

(2) Způsobí-li osoba ze státu poskytujícího pomoc určená k poskytnutí pomoci v souvislosti s plněním svého úkolu na území státu žádajícího o pomoc škodu třetím osobám, odpovídá za škodu stát žádající o pomoc podle těch právních předpisů, kterých by bylo použito v případě škody způsobené vlastními osobami určenými k poskytnutí pomoci.

(3) Stát žádající o pomoc nemá regresní nárok vůči státu poskytujícímu pomoc nebo osobám určeným k poskytnutí pomoci ze státu poskytujícího pomoc. Způsobí-li však osoba určená k poskytnutí pomoci ze státu poskytujícího pomoc škodu třetí osobě úmyslně nebo z hrubé nedbalosti, může stát žádající o pomoc uplatňovat regresní nárok vůči státu poskytujícímu pomoc.

(4) Orgány smluvních stran budou v souladu se svými vnitrostátními právními předpisy úzce spolupracovat, aby usnadnily vyřizování nároků na náhradu škody a nároků na odškodnění. Budou si zejména vyměňovat veškeré jim dostupné informace týkající se případů škod ve smyslu tohoto článku.

### **Článek 11**

#### **Evakuované osoby**

(1) Ustanovení článku 5 odstavců 1 a 3 platí přiměřeně také pro osoby, které musí být při katastrofě nebo velké havárii evakuovány.

(2) Osobám, které se v důsledku katastrofy nebo velké havárie dostaly na území druhé smluvní strany jako evakuované osoby a jejich doprovod, bude poskytnuta nutná pomoc až do okamžiku, než nastane možnost co nejdřívějšího návratu. Stát žádající o pomoc uhradí náklady na tuto pomoc a návrat těchto osob.

(3) Každá smluvní strana je povinna převzít zpět evakuované osoby a osoby je doprovázející, které se dostaly z jejího území na území druhé smluvní strany. Pokud se bude jednat o osoby, které nemají státní občanství smluvní strany, jež je přebírá zpět, mají tyto osoby stejný cizinecký status jako před překročením státních hranic.

### **Článek 12**

#### **Telekomunikační spojení**

Orgány obou smluvních stran uvedené v článku 3 odstavci 1 této smlouvy provedou veškerá nutná opatření, aby zajistily spolehlivé spojení mezi těmito orgány a záchranými jednotkami v místě jejich nasazení.

### **Článek 13**

#### **Ukončení pomoci**

Záchrané jednotky nebo jednotlivé osoby vyslané za účelem poskytnutí pomoci musí svou činnost neprodleně zastavit, jestliže tak nařídí orgány uvedené v článku 3 odstavci 1, jinak ukončí svou činnost po splnění svého úkolu. Poté musí záchrané jednotky a jednotlivé osoby vyslané za účelem poskytnutí pomoci neprodleně opustit území státu žádajícího o pomoc.



#### **Článek 14**

##### **Další formy spolupráce**

- (1) Smluvní strany budou spolupracovat podle vnitrostátních právních předpisů, zejména:
- a) při přípravě poskytování pomoci,
  - b) při prevenci a zmírňování následků katastrof nebo velkých havárií tím, že si budou vyměňovat informace vědeckotechnického charakteru a organizovat setkání, výzkumné programy, odborné kurzy a nácvik poskytování pomoci na území obou smluvních stran,
  - c) při výměně informací týkajících se nebezpečí a škod, které mohou vzniknout a rozšířit se i na území druhé smluvní strany; vzájemné předávání informací zahrnuje i průběžné sdělování naměřených hodnot.

(2) Ustanovení této smlouvy platí přiměřeně i pro společná cvičení, jakož i pro poskytování pomoci v rámci běžné sousedské pomoci.

#### **Článek 15**

##### **Urovnávání sporů**

Názorové rozdíly týkající se provádění této smlouvy, které nebudou moci přímo odstranit orgány uvedené v článku 3 odstavci 1, urovnají smluvní strany diplomatickou cestou.

#### **Článek 16**

##### **Jiné smluvní úpravy**

Stávající smluvní úpravy mezi smluvními stranami zůstávají nedotčeny.

#### **Článek 17**

##### **Závěrečná ustanovení**

(1) Tato smlouva se uzavírá na dobu neurčitou.

(2) Tato smlouva vstoupí v platnost prvního dne měsíce následujícího po měsíci, v němž si smluvní strany vzájemně písemně diplomatickou cestou sdělí, že byly splněny příslušné vnitrostátní podmínky pro její vstup v platnost.

(3) Tato smlouva může být kdykoli písemně vypovězena diplomatickou cestou. V takovém případě pozbyde platnosti šest měsíců ode dne doručení výpovědi.

Dáno v Vídni dne 14. prosince 1998 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Rakouskou republiku:

**Karl Schlögl**

Za Českou republiku:

**Václav Grulich**

Die Mitteilungen gemäß Art. 17 Abs. 2 des Vertrags wurden am 14. September 1999 bzw. am 13. Oktober 2000 abgegeben; der Vertrag ist gemäß seinem Art. 17 Abs. 2 mit 1. November 2000 in Kraft getreten

**Schüssel**